Samstag/Sonntag, 15./16. September 1951

Neue Gespräche zwischen Kirche und Staat

Bth. Der Glaube ist kein bequemes Ruhekitzen, und die Kirche wird daher immer wieder zu einem unbequemen Gesprächspartner. Ja, sie muss es werden, ist ihr doch gewissermassen aufgetragen, ein Skandalon, ein Aergernis zu sein. Diese Tatsache hat der bernische Kirchendirektor unlängst erlebt, zugleich aber hat sich in der Folge gezeigt, dass ein solches Gespräch, entgegen den ersten Vermutungen, doch nicht sinnlos ist. Es haben sich Klärungen im Zwischenreich zwischen Staat und Kirche ergeben, die schon längst fällig waren. Einerseits hat sich gezeigt, dass die Kirche nicht im politisch luftleeren Raum steht; andererseits wird klar, dass der Staat, wenn schon eine Notordnung im Rahmen einer gefallenen Schöpfung, ebenfalls sinnvoll ist. Grenzen sind somit sichtbar geworden, zugleich aber Möglichkeiten des Gesprächs und damit der Klärung. Es scheint, dass daher in der bernischen Kirchendisputation, über die gestern wieder berichtet worden ist, das letzte Wort noch nicht gesprochen und die Tür, entgegen erstem Anschein, nicht zugeschlagen ist.

*

Aber nicht bloss Staatsmänner und Kirchenmänner setzen sich zurzeit mit diesen Problemen auseinander, nein, auch auf andern Ebenen wird gegenwärtig über die Fragen eifrig diskutiert. Nehmen wir einmal die Interpellation, die Pfarrer Hermann Kutter am vergangenen Mittwoch in der Basler Kirchensynode eingereicht und begründet hat: Weshalb hat der Basler Regierungsrat in seiner ausgezeichneten, um ihrer Klarheit und Kürze willen vorbildlichen 450-Jahr-Schrift an das Volk von Basel-Stadt der Reformation mit keinem einzigen Wort Erwähnung getan? Es hat keinen Sinn, hinter diesem Mangel schwarze Absichten zu wittern und einen Kulturkampf vom Zaun zu brechen. Denn man vergesse nicht: Dem Radikalismus, der sich seit hundert Jahren als Gegenspieler des Katholizismus fühlt, ist das Entscheidende, was die evangelisch-reformierte Kirche von der katholischen Kirche scheidet, eben fremd. Der Radikalismus erkennt höchstens den Protestantismus, übersieht aber, dass eine nach Gottes Wort evangelisch-reformierte Kirche nicht beim «Protest» stehen bleiben darf, auch wenn sie um die Notwendigkeit weiss, zuweilen zum Skandalon zu werden.

Kulturkampf ist sinnlos, weil er mit Kultur nichts zu tun hat und ein Gespräch nur abbrechen kann, es aber nie zu fördern und zu beleben vermag. Aber das schamhafte Beschweigen der Reformation, mag es nun aus Unkenntnis, aus allzu grosser Vorsicht oder aus Feindseligkeit entspringen, ist nicht minder falsch. Denn nur die klare Festlegung des eigenen Standpunktes und dessen Verteidigung gegenüber dem Andersgläubigen schafft eine klare Situation. Wir haben deshalb die Abhaltung der Schaffhauser 450-Jahr-Feier in der St. Johannis-Kirche als sehr passend empfunden. Schaffhausen bekannte sich in diesem kahlen, nüchternen Raum zur Reformation, Basel aber übergang dieses wesentliche Stück seiner Geschichte ganz einfach mit Stillschweigen. Dabei lässt ausgerechnet die Gedenkschrift, in der das Wort «Reformation» nie erwähnt wird, die Bedeutung der Annahme des neuen Glaubens sogar im Bereich der Wirtschaft erkennen, heisst es doch dort: «Glaubensflüchtlinge aus Italien, Frankreich und den Niederlanden brachten Basel neue Industrien, vor allem die Seidenweberei. Die Wesensart dieser sesshaft gewordenen Fremden hat in der Folgezeit den Lebenszuschnitt des Baslers beeinflusst und umgeformt.»

Wir fragen daher mit Pfarrer Kutter, weshalb denn die historisch so bedeutsame Tatsache der Reformation in Basels Geschichte vergessen oder übersehen worden ist, wenn sie doch so wichtige Folgen hatte. Das fragen wir nicht, um unnötige Diskussionen heraufzubeschwören, wohl aber aus dem Bewusstsein heraus, dass die heute

notwendige Begegnung und Auseinandersetzung mit der katholischen Christenheit auf unserer reformierten Seite von klaren Voraussetzungen ausgehen muss. Dazu gehört heute wie vor mehr als 400 Jahren, als die neue Lehre verkündet wurde, das Bekenntnis zur Reformation. Wir wissen, dass die Partner des Gesprächs im katholischen Lager das Beschweigen unserer Grundlagen nicht schätzen, dass sie es vielmehr als Zeichen der Schwäche oder gar als ein solches mit Recht der geistigen Erweichung betrachten. Deshalb, nicht um post festum noch Kritik zu üben, haben wir es für richtig angesehen, auch unsererseits auf den Mangel der 450-Jahr-Schrift der Regierung hinzuweisen. Eine eigentliche Antwort auf unsere Frage aber erübrigt sich, da einzig die Feststellung wesentlich ist, dass Basel sowohl durch seinen Beitritt zur Eidgenossenschaft wie auch durch die Annahme der neuen Lehre die Stadt und das Staatswesen geworden ist, als die wir sie kennen.

*

Auch in Bern wird demnächst eine grosse Zahl von Bürgern neuerdings vor diese entscheidende Frage nach dem Bekenntnis gestellt werden: Nach längeren Verhandlungen hinter den Kulissen ist die Erziehungsdirektion, der ebenfalls Regierungsrat Dr. Markus Feldmann vorsteht, auf die Wünsche des Synodalrates eingetreten und hat eine neue Fassung des Zweckartikels des Primarschulgesetzes vorgelegt. «Der Begriff Gott» hat danach auch in den offiziellen Entwurf Ein-

gang gefunden, und die Regierung schlägt vor, den entsprechenden Artikel wie folgt zu fassen: Die Schule soll dazu beitragen, die Ehrfurcht vor Gott und in christlichem Sinn den Willen zu gewissenhaftem Handeln gegenüber den Mitmenschen zu wecken.

Demgegenüber bittet der Synodalrat, der Grosse Rat möge sich für die von der kirchlichen Instanz vorgeschlagene, präzisere Formulierung des Artikels entschliessen:

Die Schule soll dazu beitragen, in christlichem Sinn die Ehrfurcht vor Gott, die Achtung vor der Würde des Menschen und den Willen zum sozialen Handeln zu wecken.

Bei dieser Diskussion, die heute noch völlig offen ist, kann der Synodalrat darauf hinweisen, dass er die einstimmige Kirchensynode, ohne Ansehen der Richtungen, hinter sich hat.

Man kann die Neufassung eines Zweckartikels im christlichen Sinn als unnötig bezeichnen, zu wenn man, wie manche Parteien, sein geistiges Herkommen vom Radikalismus herleitet. Man kann es auch tun, weil man die «christliche Komponente» im Zweckartikel als reines Lippenbekenntnis betrachtet und gerade im Sinne des Bekenntnisses eine scheinbare Christlichkeit vermeiden möchte. Aber man darf vielleicht trotzdem die Diskussion, die nun in Bern wieder anhebt, und an der, im Gegensatz zur Auseinandersetzung zwischen Karl Barth und Regierungsrat Feldmann, auch ausgesprochene Laien beteiligt sind, beachten und auf die bevorstehenden Verhandlungen des Grossen Rates hinweisen. Auf alle Fälle werden sich — wie nun der Entscheid getroffen werden mag — manche Männer an dem Skandalon des Glaubens stossen, und das scheint uns bedeutsam zu sein.